

Veranstaltungsbericht

Das braue Erbe der Diktatur? Rechtsextremismus in der DDR und im vereinigten Deutschland

30. Januar 2012 | 18 Uhr | Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Die gemeinsam mit dem Geschichtsportal www.deinegeschichte.de organisierte Veranstaltung „Das braue Erbe der Diktatur? Rechtsextremismus in der DDR und im vereinigten Deutschland“ war sehr gut besucht, was auch an der Aktualität des Themas lag. Die Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Dr. Anna Kaminsky, wies in ihrer Begrüßung darauf hin, dass die Amadeu-Antonio-Stiftung seit der Wiedervereinigung 182 Tote durch rechte Gewalt gezählt habe. Diese Zahl, so erschreckend sie sei, stelle aber nur die Spitze des Eisbergs dar. Insofern sei es das Ziel des Abends, auf die aktuelle Situation zu reagieren, nach den Ursachen rechter Gewalt zu fragen und zu überlegen, wie ihr entgegengetreten werden kann.

Die empirische Basis lieferte Beate Küpper, Mitarbeiterin des Langzeitprojektes *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*, das seit zehn Jahren Einstellungen im Bereich Rassismus, Rechtsextremismus, Diskriminierung und Sozialdarwinismus untersucht. Sie wies zunächst darauf hin, dass die im Mittelpunkt des Interesses stehenden Phänomene rechtsradikaler Gewalt lediglich der kleinste, wenn auch sichtbarste und spektakulärste Teil rechtsextremer Einstellungen seien. Rechtsradikale und rechtspopulistische Einstellungen seien dagegen in der Bevölkerung viel weiter verbreitet. Auch wenn rechtsextreme Einstellungen nicht direkt zu rechtsradikalem Verhalten führten, stellten sie doch dessen Grundlage dar – insbesondere dann, wenn diese Einstellungen vom sozialen Umfeld geteilt und ihnen keine anderen entgegengesetzt würden.

Aus diesem Grund konzentriert sich das Forschungsprojekt darauf, diese rechtsextremen Einstellungen zu messen und zu erklären. Dabei zeige sich eine Gemeinsamkeit der verschiedenen Vorurteile, seien sie antisemitisch, fremdenfeindlich, gegen Homosexuelle, Langzeitarbeitslose oder sonstige Gruppen gerichtet: die Ideologie der Ungleichwertigkeit, die Vorstellung, dass Personen, die bestimmten Gruppen zugerechnet werden, weniger Rechte oder Schutz genießen sollten als andere. Insofern, so Küppers, bemisst sich die humane Qualität einer Gesellschaft an ihrem Umgang mit schwachen Gruppen.

Bezogen auf den Ost-West-Vergleich ergaben die Datenerhebungen des Projektes kaum signifikante Unterschiede, etwa beim Antisemitismus, bei der Homophobie oder bei der Einstellung gegenüber Langzeitarbeitslosen. Was aber die Fremdenfeindlichkeit angeht, werde die bereits im Westen erschreckend hohe Rate im Osten noch übertroffen. Gleiches gelte für Rassismus, Feindlichkeit gegenüber Sinti und Roma, Asylsuchenden und Obdachlosen, und zwar bundesweit mit steigender Tendenz.

Die Erklärung für das höhere Maß an Fremdenfeindlichkeit im Osten Deutschlands liege nicht etwa in der fehlenden Integration von Ausländern, sondern im Gegenteil darin, dass Erfahrungen mit Ausländern im Alltag begrenzt seien. Küpper argumentierte mit empirischen Untersuchungen, die zeigen, dass in jenen Land- und Stadtkreisen, die einen hohen Ausländeranteil aufweisen, die Zustimmung zu fremdenfeindlichen Aussagen am geringsten ist. Dazu kämen im Osten zwei weitere Faktoren: eine anti-diversity-Haltung, also eine Abneigung gegen alles, was als Abweichung von der eigenen, als homogen empfundenen Gruppe angesehen wird, sowie ein Gefühl der Benachteiligung gegenüber dem Westen. Dieses Gefühl der Benachteiligung führt nicht etwa zu Solidarität mit anderen benachteiligten Gruppen, sondern zu deren Abwertung mit dem Ziel, sich selbst ein wenig höherwertiger fühlen zu können.

Diese Einstellungen sind nach Beate Küpper das Einfallstor für einen Rechtspopulismus, den der Rechtsterrorismus wiederum als Rechtfertigung für Gewalttaten anführen könne, indem behauptet wird, dass weit verbreitete Einstellungen in der Bevölkerung in Taten umgesetzt würden.

In der anschließenden Diskussion, die vom Bildungsreferenten der Bundesstiftung Aufarbeitung, Dr. Jens Hüttmann, geleitet wurde, waren sich die Diskutanten einig, dass Rechtsradikalismus und rechtsextreme Einstellungen nicht über Nacht mit der Vereinigung auf dem Gebiet der DDR aufgetaucht seien, sondern sich bereits spätestens Anfang der 1980er-Jahre gezeigt hätten, und zwar auf allen Ebenen der Gesellschaft.

Bernd Wagner, ehemaliger Kriminalbeamter, Rechtsextremismusforscher und Mitbegründer der Initiative *Exit Deutschland*, berichtete, dass er schon in seiner Wehrdienstzeit bei der Nationalen Volksarmee mit fremdenfeindlichen Einstellungen und völkischem Bewusstsein konfrontiert wurde. Diese seien auch bei seinen Vorgesetzten in der Kriminalpolizei weit verbreitet gewesen und mit der SED-Ideologie eine unselige Allianz eingegangen. Nach der Vereinigung sei absehbar gewesen, dass sich ost- und westdeutsche Rechtsradikale vereinigen würden, um vom je anderen zu lernen: Während die Westdeutschen die Praktiken des Politischen mitbrachten, lernten sie gleichzeitig von ihren ostdeutschen Pendanten deren konspirative Techniken. Der so entstandene militante Block, der sich auf Lebenswelten stützen und eine Jugendsubkultur etablieren konnte, wurde von der Politik deutlich unterschätzt.

Patrice G. Poutrus, Mitherausgeber des Buches *Fremde und Fremd-Sein in der DDR*, wies darauf hin, dass in der DDR Konflikte mit Minderheiten offiziell verneint wurden, dass aber staatlicherseits zumeist zu ihrem Nachteil entschieden wurde. Das betraf nicht nur Ausländer, die von der Stasi sehr genau überwacht wurden, sondern auch alleinerziehende Mütter, Homosexuelle und andere. Ein anderer Bestandteil der DDR-Wirklichkeit sei es gewesen, dass alle von den jungen Neonazis wussten, die zum Teil offen mit selbst genähten SS-Uniformen durch die Dörfer marschiert seien, aber niemand dagegen vorgegangen sei. Auch die Stasi hätte ratlos vor diesem Problem gestanden: Bis auf ihr Auftreten und ihre rechtsextremen Straftaten seien die Jugendlichen so gewesen, wie der Staat sie sich wünschte: angepasst und mit allen Sekundärtugenden ausgestattet.

Anetta Kahane, Tochter emigrierter Juden, die sich in Spanien und in Frankreich mit der Waffe dem Nationalsozialismus entgegengestellt hatten und dann in die DDR übersiedelten, berichtete von ihren eigenen Erfahrungen als Jugendliche. Es habe eine Diskrepanz bestanden zwischen der Rechtfertigung der Eltern, in die antifaschistische DDR zu gehen, und den eigenen Erfahrungen der Ausgrenzung anderer. Das reichte von Judenwitzen bis hin zur Beschimpfung und Misshandlung von Schwarzen oder Exilanten aus Lateinamerika. Das Gefühl von Heimeligkeit habe es nicht gegeben, wenn man anders war und nicht dazugehörte.

Auch sie wies darauf hin, dass es kaum Reaktionen auf die vielen Neonazis gab, die bereits zu Beginn der 1980er-Jahre in Berlin „Andersartige“ brutal zusammenschlugen. Sie bemängelte die fehlende Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der DDR, der durch das bloße Bekenntnis zum Antifaschismus ersetzt worden sei. Das Gegenteil von Faschismus aber sei diversity, die Anerkennung von Unterschieden im Alltag im Gegensatz zu Homogenitätsvorstellungen.

Es blieb am Ende kaum mehr Zeit, sich mit Gegenstrategien auseinanderzusetzen. Trotz der düsteren Diagnose bleibe, so Küpper, ein Hoffnungszeichen: Die empirische Untersuchungen hätten gezeigt, dass die Furcht vor einem Anstieg rechtsextremer Gewalt und die Erkenntnis, dass sie gestoppt werden müsse, in Ost und West gleichermaßen sehr deutlich und sehr hoch seien.